

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bismarckswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bismarckswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bismarckswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bismarckswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Man. G. m. b. H. in Bismarckswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1621. Gemeindeverbandskassette Bismarckswerda Konto Nr. 64

Abrechnungswerte: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mark 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 60 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verantwortlicher: Amt Bismarckswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaltige Zeile 10 Pfg., dreipaltige Anzeigen 8 Pfg. Im Letztteil die 90 mm breite Zeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bismarckswerda.

Nr. 114

Montag, den 18. Mai 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

Bei den am Sonntag im ganzen Lande abgehaltenen Elternratswahlen haben die christlichen Listen an vielen Orten entscheidende Erfolge erzielt. So gewannen die christlichen Eltern in Dresden 41 Sitze, in Leipzig 22 und in Chemnitz 21. Auch in allen anderen sächsischen Städten haben die christlichen Listen erhebliche Gewinne aufzuweisen.

Bei den Landtagswahlen in Oldenburg erzielten die Nationalsozialisten große Erfolge. Die Partei wuchs von 3 Mandaten auf 19 an. Auch gegenüber der Reichstagswahl ist ein Stimmenzuwachs um ein Drittel zu verzeichnen. Starke Verluste erlitten die Sozialdemokraten, die Staatspartei und die Deutsche Volkspartei.

In der Sonnabendtagung der Europakommission in Genf erörterte Briand auf die sachlichen Darlegungen des Reichsaussenministers Dr. Curtius in ungenügender Form. Er bestritt dem Reich Deutschland zu wirtschaftlichen Sonderabmachungen. Ein Zollabkommen mit Österreich sei nicht erlaubt.

Eine französische Denkschrift zur Frage einer deutsch-österreichischen Zollunion ist den Mitgliedern des Völkerbundsrates überreicht worden. Es handelt sich um eine 24 Schreibmaschinen-seiten umfassende Denkschrift, in der der ablehnende Standpunkt der französischen Regierung zu dem deutsch-österreichischen Zollplan begründet wird.

In Liebenau bei Schwiebus erschien in der Mitternacht zum Sonntag ein großer Trupp auswärtiger Kommunisten in mehreren Autos. Sie stiegen unter furchtbarem Lärm Pfastersteine aus und zertrümmerten fast sämtliche Fensterscheiben am Markt. Ein Friseurgeschäft wurde gestürmt, die Fenster eines Sägewerkes überfallen und das Lokal in ein Trümmernfeld verwandelt. Es gab mehrere Schwere- und Leichtverletzte.

Die Kunstfliegerin Coia Scheider-Boreseou hat beim Großflugtag in Leipzig-Möckau mit ihrem 119. Jagdflugzeug aus 4400 Meter Höhe ihre eigene Weltbestleistung für Frauen von 2900 Meter, die sie im Herbst 1929 aufgestellt hat, wesentlich überboten. Der Abstieg gelang planmäßig. Sie legte dabei in 18 Minuten eine Strecke von etwa 20 Kilometern zurück.

Auf dem Flugplatz in Schweinfurt landeten Sonntag abend drei große französische Militärflugzeuge, mit je zwei Maschinen-gewehren ausgerüstet, weil ihr Betriebsstoff zu Ende gegangen war. Die Insassen, französische Militärpersonen, wurden verhaftet und die Flugzeuge beschlagnahmt.

Die dem Allgemeinen französischen Arbeiterverband ange-schlossenen Textilarbeiter von Roubaix und Tourcoing haben nach Scheitern der Verhandlungen über die Lohnfrage beschloßen, morgen in den Generalstreik zu treten. Von dem Streik werden 120 000 Textilarbeiter betroffen.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Scharfer Vorstoß Briands gegen die Zollunion.

Die große wirtschaftspolitische Debatte in Genf wurde Sonnabend vormittag im Europa-Ausschuß durch einige kurze Begrüßungsworte eröffnet, die Briand an die zum ersten Male an der Sitzung teilnehmenden russischen, türkischen und dänischen Abordnungen richtete. Briand erteilte dann Außenminister

Dr. Curtius

das Wort, der u. a. ausführte:

Ueber Schwere und Tiefe der Krise brauche ich nicht viel zu sagen, sie steht uns in den Gliedern. Als Deutscher habe ich besonderen Anlaß, so zu sprechen. Die Krise trifft einen Volkstörper, welcher durch die Erschütterungen des Krieges und Amputationen des Friedens, durch Revolution und schwerste soziale Störungen, durch ungeheure Vermögensverluste und dauernde Kapitalentziehung ohne Gegenleistungen empfindlicher und schwächer als irgendein anderer ist. Wir sind daher auf das höchste an allem interessiert, was uns eine Besserung unserer Lage verspricht. Kein Land ist gleichzeitig so an der Sanierung des gesamten europäischen Körpers beteiligt wie Deutschland, das in der Mitte des Kontinents von allen Störungen am leichtesten getroffen wird.

Dr. Curtius ging sodann auf die Ursachen der Krise ein. Neben den großen Hauptursachen, die sich in der gesamten Weltwirtschaft bemerkbar machen — der Ueberproduktion an Lebensmitteln und Rohstoffen, dem Rückgang der Konsumkraft, der Steigerung der Kaufkraft des Goldes und den Störungen der Kapital- und Geldmärkte — sehen

Die Landtagswahlen in Oldenburg.

Große Erfolge der Nationalsozialisten. — Schwere Verluste der Sozialdemokraten.

Am gestrigen Sonntag fanden im Lande Oldenburg die Wahlen zum Landtag statt bei sehr starker Wahlbeteiligung. Bei dem nachstehenden vorläufigen Gesamtergebnis ist zu beachten, daß bei der letzten Landtagswahl Deutsche Volkspartei und Nationalsozialisten eine gemeinsame Liste hatten, auf der sie 41 113 Stimmen mit zusammen 9 Mandaten erhielten, wovon 5 der deutschen Volkspartei und 4 den Deutschnationalen zugeteilt wurden. Bei der Auflösung des Landtages waren die Nationalsozialisten durch 5 Abgeordnete vertreten, da je 1 Deutschnationaler und 1 Landvolk Abgeordneter sich der Landtagsfraktion der NSDAP. angeschlossen hatte; die DVP. war demnach durch 3 und das Landvolk durch 2 Abgeordnete im aufgelösten Landtag vertreten.

	Landtag 1931	1928	Reichstag 1930
D. Vp.	5 796 (1)	41 113 (5)	13 431
SPD.	57 536 (11)	67 005 (15)	66 148
Staatspartei	8 983 (1)	24 711 (5)	13 579
NSDAP.	101 419 (19)	17 457 (3)	76 216
DVP.	19 389 (3)	8 490 (1)	13 933
Wirtschaftspartei	4 525 (—)	11 763 (2)	10 029
Landvolk	5 427 (1)	14 450 (3)	12 756
Chr.-Soz. Volk.	3 000 (—)	1 343 (—)	3 054
Zentrum	46 295 (9)	39 602 (9)	47 733
Dn. Vp.	13 529 (2)	— (4)	14 203
Wegand	5 184 (1)	—	—
Unabhängige	254 (—)	—	—

Die Ziffern in Klammern bezeichnen die Mandate.

wir als weitere Ursache eine speziell europäische, das ist

das Zerfallen Europas

in eine Unzahl von kleineren Wirtschaftsgebieten. Aus dieser Erwägung ist der Antrag der deutschen Regierung hervorgegangen, hier noch einmal die gegenwärtige Lage Europas zu prüfen, wie sie durch die bestehenden Zollverhältnisse und durch den Mißerfolg bisheriger zusammenfassender Arbeiten auf diesem Gebiet geschaffen worden ist. Wie es dem Charakter der allgemeinen Aussprache entspricht, werde ich mich auf allgemeine Darlegungen beschränken. Es kommt mir in diesem Augenblick nicht darauf an, über den deutsch-österreichischen Plan einer Zollunion speziell zu sprechen. Ich möchte Betrachtungen darüber anregen, ob und in welchem Maße der Gedanke von Zollunion zwischen einzelnen oder Gruppen von einzelnen Ländern geeignet ist, den unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnissen Europas abzuhelfen.

Zur Charakterisierung der europäischen Lage führe ich noch einmal oft gehörte Zahlen an: 20 000 Kilometer neue Zollgrenzen, 13 neue Währungen, 9 neue Wirtschaftsgebiete und Zolltarife. In dieser wirtschaftlichen Zersplitterung Europas, im wesentlichen Mittel- und Osteuropas, liegt die größte Gefahr der Zukunft.

Die erste Folge ist unrationelle und zu teure Güterproduktion und Verteilung und der dadurch bedingte Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit. Die nächste Folge ist der Rückgang der Kapitalkraft und des Wohlstandes, Untertunismus, Arbeitslosigkeit, Proletarisierung des Mittelstandes und Verelendung der Arbeiterschaft. Das alles führt die Gefahren sozialer Kämpfe herbei und festigt die Ueberzeugung, daß die europäische Wirtschaft sich nicht aufrechterhalten lassen könne, wenn sie so bleibt, wie sie ist. Aus dieser Lage führt nur ein Weg heraus, die fortschreitende Bergdrückung der Wirtschaftgebiete.

Curtius legte dann die unrentablen Zollverhältnisse Europas dar, ging weiter ausführlich auf den geringen Erfolg der bisherigen Genfer Wirtschaftskonferenzen ein und betonte, daß gerade in der Frage des internationalen Güterausgleiches und hauptsächlich bei Zollfragen die mehrseitigen Verhandlungen immer wieder gescheitert seien. Deshalb sei es notwendig, daß unter den heutigen Verhältnissen die Methode des Aufbaus von unten her durch regionale Verständigung, durch zweiseitige Verhandlungen beginne. Dieser Plan führe zwangsläufig zu Zollunionen. Der Gedanke regionaler Verständigung hat in den letzten Jahren wachsende Bedeutung erlangt. Ich darf auf die Bemühungen Estlands und Lettlands, Südtiwens und Rumaniens hin-

Aus dem Ergebnis ist zu ersehen, daß sich die Tendenz der Reichstagswahl vom September vorigen Jahres in starkem Maße fortsetzte. Die Sozialdemokraten verloren wiederum einen erheblichen Teil ihres Bestandes, ohne daß ihre Verluste lediglich den Kommunisten zugute gekommen wären. Hier liegt tatsächlich ein gewisser Rückgang des Marxismus vor, wenn er sich auch noch in engen Grenzen hält. Die Deutsche Staatspartei ist in diesem Lande, das vor dem Kriege die Hochburg des Freirechts war, herabgefallen zur Bedeutungslosigkeit. Ueberraschend ist auch der starke Rückgang der Deutschen Volkspartei. Geschadet hat ihr vermutlich vor allem ihr scharfes Auftreten gegen die Nationalsozialisten im Wahlkampf. Auf der anderen Seite setzte die Hitlerbewegung ihren Vormarsch fort; sie gewann gegenüber den Reichstagswahlen um ein Drittel. Die Deutschnationalen haben sich im Verhältnis zu den Reichstagswahlen behauptet. Ausgeschlossen ist die Wirtschaftspartei, das Landvolk hat nur noch einen Vertreter. Das Zentrum hat sich, wie zu erwarten war, gehalten. Schädigend wirkten sich auch die Splitterparteien aus, deren Stimmen dem Bürgertum verlorengehen. Die Nationalsozialisten dürften ihren Zuwachs nicht nur aus den Verlusten der anderen, sondern auch aus der Masse der früheren Nichtwähler und der Jungwähler herausgeholt haben. Im ganzen ist der Wahlausfall ein neuer Beweis dafür, daß die Reichsregierung gegen den wachsenden Strom der Volksmeinung schwimmt, wenn sie sich immer noch an die Sozialdemokratie lehnt und die nationale Opposition hartnäckig bekämpft.

Die Mehrheitsverhältnisse sind allerdings unklar. Die Rechtsopposition: Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolk verfügen nur über 22 Mandate von 48. Da die Kommunisten für keine Regierungsbildung in Frage kommen, verfügt auch die Gegenseite über keine Mehrheit.

weisen, zu Zollunionen zu gelangen. Im Raume der früheren Donau-Monarchie ist immer von neuem davon die Rede gewesen, und auf einem Kongreß in Lüttich im vorigen Jahre haben Wirtschaftskreise den Gedanken einer Zollunion zwischen Frankreich und Belgien besprochen. Es sind nicht die Einstufigsten, es sind vielmehr namhafte Führer des öffentlichen Lebens, die seit Jahr und Tag an dem großen Plan arbeiten, zwischen Deutschland und Frankreich eine Zollunion mit der Tendenz weiterer Zusammenarbeit zu schaffen.

Ich erkläre mich bei dieser Lage bereit, mit jedem Lande in einen Gedankenaustausch über die Möglichkeit der Einführung einer Zollunion einzutreten, und mache dabei keinen Unterschied in der Richtung, ob Verhandlungen zu zweien oder von vornherein Verhandlungen einer regionalen Gruppe in Betracht kommen würden.

Scharfe Antwort Briands.

Unmittelbar im Anschluß an die Rede des Außenministers, erhob sich Briand zu einer kurzen, aber demonstrativen scharfen Gegenerklärung, deren übersteigter Ton um so mehr Erstaunen erregte, als Curtius' Ausführungen nicht das Gebiet sachlicher Wirtschaftsdebatte verlassen hatten. Briand wandte sich direkt an Curtius und sagte, es sei erste Pflicht der hiesigen Besprechungen, alles und jedes auszuschalten, was die europäischen Beziehungen gefährden könnte. Die Zollfragen seien nicht das eigentliche Problem, sie seien auch nicht nur Ursache der europäischen Krise, sondern nur ihr Ergebnis. Mit dem Aufheben der Zollschranken würde man nicht das Uebel aus der Welt schaffen. Man müsse hingegen zunächst ein vollständiges System zwischen im Völkerverbunde vertretenen Staaten ausarbeiten. Der pessimistische Bericht Collins dürfe nicht zur Aufgabe der Bemühungen in dieser Richtung führen.

„Union“, so fuhr Briand mit erhobener Stimme fort, möge für zwei Staaten gut sein, aber für Europa bedeute sie eine Gefahr, eine Bedrohung, eine Erschütterung sondergleichen, „die herauszubewahren“, so sagte Briand wörtlich, „Deutschland kein Recht hat“. Frankreich habe zu seinem Bedauern dem deutsch-österreichischen Vorschlage nicht bestimmen können, und es halte seinen Widerstand mit vollster Entschiedenheit aufrecht. Trotz seines Wunsches, mit seinem Kollegen einig zu gehen, sei es Briand in diesem Punkte nicht möglich, einen Ausgleich zu sehen. Das aber, so schloß Briand mit einer hier noch nicht gehörten Eindeutigkeit und Schärfe, was durch Verträge unterlagert ist oder gegen den Geist der Verträge